

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

146. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 30. Mai 2007

Antrag 03

Lebensmittelrecht

Die Vollversammlung der AK Wien fordert die Bundesregierung sowie alle in Frage kommenden Stellen auf, sich für ein strengeres Lebensmittelrecht in Europa einzusetzen

Österreich hat teilweise ein strengeres Lebensmittelgesetz als die anderen Länder in Europa. Leider sehen wir derzeit die Tendenz, die Qualitätsstandards für Lebensmittel in Österreich herabzusetzen, anstatt in Europa für bessere Gesetze zu sorgen. So ist z.B. eine Bestimmung, dass Biowaren bis zu 1 Prozent an genveränderten Substanzen enthalten dürfen, eine eindeutige Verschlechterung der Situation.

Darüber hinaus hat sich erst die deutsche Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen ihrer EU Präsidentschaft mit dem US-Präsidenten Bush darauf geeinigt, dass Lebensmittel, die amerikanischem Standard entsprechen auch in Europa gehandelt werden dürfen. Dies betrifft unter anderem auch mit Antibiotikafutter produziertes Rindfleisch aus Amerika, oder auch gentechnisch veränderte Lebensmittel etc.

Hier zeigt sich, dass die Befürchtungen der EU-Gegner bei der Abstimmung in Österreich berechtigt waren, nämlich dass langfristig die österreichischen Qualitätsstandards durch die EU gefährdet sind. Hier muss mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen Abhilfe geschaffen werden.